



Bundesministerium
des Innern

Dr. Hans-Peter Friedrich

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

#ich hab nicht angezeigt
c/o Frau Daniela Oerter
Eggenfeldener Str. 123
81929 München

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1000
FAX +49 (0)30 18 681-1014
E-MAIL Minister@bmi.bund.de
INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, den 4. September 2012

Sehr geehrte Frau Oerter,
sehr geehrte Frau Lorenz,
sehr geehrte Frau Kleine,

Ihr gemeinsames Schreiben vom 26. Juli 2012, in dem Sie Ihre Kampagne „ich hab nicht angezeigt“ und die hieraus abgeleiteten Forderungen vorstellen, habe ich mit großem Interesse gelesen. Insbesondere die Schilderungen der Opfer sexueller Gewalt über ihre Gefühle nach der Tat haben mich sehr betroffen gemacht. Dass sich viele Opfer – und nicht die Täter – schuldig fühlen und schämen, ist erschütternd.

Die Skandale der letzten Jahre, die zur Aufdeckung zahlreicher Fälle sexueller Gewalt in Heimen, Internaten, Schulen und kirchlichen Einrichtungen geführt haben, haben eine Debatte darüber ausgelöst, wie solche Fälle künftig verhindert werden können, aber auch, wie Betroffene zu einer Anzeige ermutigt werden können. Mit Ihrer Kampagne tragen Sie zu dieser wichtigen Debatte bei.

Die Forderungen in Ihrem Offenen Brief an das Bundesministerium des Innern beziehen sich zum größten Teil auf den Aufgabenbereich der Polizeien der Länder.

Die Länder entscheiden eigenverantwortlich über den Einsatz, die Aus- und Fortbildung und ggfs. Supervision ihrer Beamten sowie über die konkrete Ausgestaltung der polizeilichen Präventionsarbeit vor Ort. Auch die Hilfe für Opfer von Straftaten fällt in die Zuständigkeit der Länder.

Der Bund beteiligt sich am Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK). Dieses stellt umfangreiches Informationsmaterial zum sexuellen Missbrauch von Kindern und zu Gefahren im Internet zur Verfügung (www.polizei-beratung.de). In den nächsten Monaten ist eine größere Kampagne zur Prävention des sexuellen Missbrauchs geplant, mit der Eltern und Erziehungsverantwortliche über Erscheinungsformen der sexuellen Gewalt und deren Folgen für die Opfer aufgeklärt werden sollen. Diese Personengruppen sollen über Schutz- und Vorbeugungsmöglichkeiten informiert und dadurch in ihrer Handlungssicherheit im Umgang mit Verdachtsfällen und Opfern gestärkt werden. Derzeit wird die Kampagne mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgestimmt.

Wegen der erwähnten primären Zuständigkeit der Länder in Polizeiangelegenheiten habe ich mir erlaubt, Ihr Schreiben an den Vorsitzenden der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'H. Hoffmann', written in a cursive style with a long horizontal stroke extending to the right.